

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 64 (1984)
Heft: 4

Artikel: Die Bundesrepublik nach der Entscheidung
Autor: Schwan, Alexander
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164136>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Alexander Schwan

Die Bundesrepublik nach der Entscheidung

Parteien und «Nachrüstung»

Die Frage nach der gegenwärtigen Situation der Bundesrepublik muss ihren Ausgang beim Datum des 21. und 22. November 1983 nehmen. Der *Bundestag* hat in zweitägiger Redeschlacht über die NATO-Nachrüstung debattiert und an ihrem Ende mit der Mehrheit von 286 gegen 225 Stimmen (bei einer Enthaltung) *den Nachrüstungs-Doppelbeschluss der NATO vom 12. Dezember 1979 in seinen beiden Teilen bekräftigt*. Der Bundestag fordert weitere intensive Anstrengungen und entsprechende Verhandlungen zwischen den Machtblöcken zur deutlichen Verminderung der Rüstung auf beiden Seiten, insbesondere der Nuklearrüstung, hat aber angesichts des vorläufigen Scheiterns der Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen der Stationierung der amerikanischen Pershing II und der Marschflugkörper (Cruise Missiles) in Westeuropa zugestimmt.

Die Leitgedanken der nahezu geschlossen von der jetzigen Regierungskoalition gebildeten Entscheidungsmehrheit für die Bekräftigung und konsequente Durchführung des Doppelbeschlusses waren die gleichen, die den früheren Bundeskanzler *Helmut Schmidt* bewogen hatten, im Jahre 1979 auf diesen Beschluss zu drängen, nämlich

1. angesichts der von der Sowjetunion während der Periode der Entspannungspolitik vorgenommenen Hochrüstung mit den speziell auf Westeuropa gerichteten und für diese Region eine Bedrohung neuer Qualität bedeutenden SS-20-Raketen ein annäherndes Gleichgewicht der Abschreckung wiederherzustellen, mögliche sowjetische Pressionen auf Westeuropa abzuwenden, den seit mehr als 35 Jahren in Europa bestehenden Status quo (Frieden als Nicht-Krieg zwischen den Machtblöcken) zu erhalten und die eigene Freiheit zu sichern;

2. die Vereinigten Staaten weiterhin in Europa unter *allen* sicherheitspolitischen und militärstrategischen Aspekten (also auch einer speziellen regionalen Gefährdung Westeuropas mit darauf bezogenen sowjetischen Waffen) zu binden – es war das Hauptanliegen Helmut Schmidts! – und so das atlantische Bündnis zu festigen, in welchem durch verstärkte, bei den Genfer Verhandlungen bewährte Konsultationen die europäischen, auch

die deutschen Interessen im Rahmen partnerschaftlicher Solidarität mit der Vormacht am besten gewahrt werden können;

3. reale Voraussetzungen für beiderseitige, gleichgewichtige, kontrollierte, drastische Abrüstungsmassnahmen in *allen* Waffengattungen (nicht nur bei den in letzter Zeit zu einseitig herausgestellten Nuklearwaffen oder gar nur bei den Mittelstreckenraketen) nach einem Gesamtkonzept, in das dann auch die französischen und britischen Arsenale einbeziehbar sind, zu erreichen, weil es um eine verlässliche, dauerhafte, umfassende Friedenssicherung geht – nicht nur um eine momentane emotionsbestimmte Aktion gegen eine partielle Aufrüstung in einer einzigen Waffengattung.

Die Ostpolitik ist nicht gefährdet

CDU und FDP sehen in der Festigung der atlantischen Partnerschaft und in der Sicherung des Friedens *in* Freiheit und *für* ein menschenwürdiges Leben in Freiheit die unverzichtbare Basis für alle Schritte der westdeutschen Aussenpolitik, auch der Ostpolitik, die darauf gerichtet sein soll, möglichst viele ökonomische und kulturelle Beziehungen mit Osteuropa herzustellen, die das gegenseitige Interesse an der Erhaltung des Friedens in Europa fördern. Namentlich die deutsch-deutschen Beziehungen werden dieser Perspektive unterstellt, wofür die mitten während der erbitterten Diskussion um die Genfer Verhandlungen und den Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses gewährte staatliche Garantie des Milliardenkredites an die DDR nur der spektakulärste Ausdruck ist. Die Regierungskoalition betont, dass innerhalb der atlantischen Partnerschaft – und nur so – die Westeuropäer ihre eigene politische Bedeutung voll zur Geltung bringen können, nicht dagegen durch Lösung von den USA und durch Spaltung – die schnell auch eine Zerrüttung der Beziehungen unter den westeuropäischen Nationen mit sich bringen könnte –, und dass auch nur auf dieser Grundlage das Gewicht der Bundesrepublik für ein Offenhalten der ungelösten nationalen Frage in die Waagschale gelegt werden kann.

Die Bekräftigung der Westintegration der Bundesrepublik gilt der Koalition schliesslich als Bedingung einer inneren Konsolidierung, die am ehesten zur Lösung der schwierigen wirtschaftlichen Probleme befähigen kann. Die Notwendigkeit einer Konzentration auf diese Probleme macht die äussere Stabilisierung besonders wünschenswert. Sie ist zugleich ein Hauptgrund für die Intention auch der jetzigen Bundesregierung und Koalition, die Ostpolitik weiterhin dynamisch auf Dialog und Entspannung anzulegen, allerdings mit grösserer realpolitischer Nüchternheit als in den

siebziger Jahren. Damit verbindet sich die Erwartung, dass der Sowjetblock wegen seiner eigenen noch gesteigerten ökonomischen Engpässe das Interesse am Ost-West-Austausch beibehalten wird und über kurz oder lang nach Möglichkeiten einer fühlbaren Senkung der Rüstungskosten suchen muss.

Mit der Entscheidung des Bundestages ist nach den äusserst heftigen, erbitterten Auseinandersetzungen und Kampagnen der letzten Monate, die bis in die Parlamentsdebatte hineinwirkten, eine *Restabilisierung* eingetreten. Die *Kontinuität* der bundesdeutschen Politik ist bestätigt worden. Das ist die eine Seite der Medaille. Doch auf der anderen Seite steht, dass diese Kontinuität in der öffentlichen Diskussion zuvor mit einer typisch deutschen, aber nur in zugespitzten Situationen vernehmlich werdenden Grundsätzlichkeit in Frage gestellt worden war, die Grundfragen der politischen Existenz der Bundesrepublik wie seit 15 Jahren nicht mehr aufgeworfen hat. Und es verdient auch erinnert zu werden, dass die Kontinuität nur durch einen dramatischen, aufgrund der Anwendung des konstruktiven Misstrauensvotums in offener parlamentarischer Schlacht ermöglichten Regierungswechsel im Herbst 1982 gerettet werden konnte. Der sozialdemokratische Bundeskanzler *Helmut Schmidt* musste gestürzt werden, um seine Politik fortsetzen zu können. Ohne diesen Regierungssturz wäre keine Bestätigung des NATO-Doppelbeschlusses denkbar gewesen und eine tiefgreifende Irritation im Selbstverständnis und in der Orientierung der Bundesdeutschen eingetreten.

SPD – der Weg zum «Nein»

Die *SPD* hat mit ihrem mehrheitlichen «Nein» zur Nachrüstung einen Schlusspunkt hinter eine Tendenz gesetzt, die die sozialliberale Koalition zunehmend geschwächt hatte und die nach dem erzwungenen Wechsel in die Opposition zum vollen Durchbruch gekommen war: bei formaler Bejahung des atlantischen Bündnisses auf Äquidistanz zu den beiden Supermächten zu gehen und dabei insbesondere die Distanz zu den USA zu betonen, und dies in solchem Mass, dass bei manchen Repräsentanten der *SPD* der Eindruck entstehen konnte, sie liessen sich das Verständnis, ja die Verteidigung der Motive sowjetischer Politik besonders angelegen sein. Die *SPD* hat am 22. November den Grundkonsens der demokratischen Parteien in der Aussen- und Sicherheitspolitik aufgekündigt und insofern die diesbezüglichen Grundentscheidungen ihres Godesberger Programms (von 1959) und der berühmten Bundestagsrede *Herbert Wehners* vom 30. Juni 1960 in Frage gestellt.

Das Nein der SPD ist lange vorbereitet worden, in den siebziger Jahren durch die Bestrebungen ihres linken Flügels unter Führung von *Erhard Eppler*, zunehmend unterstützt vom Parteivorsitzenden *Willy Brandt*, seit der Diskussion im Gefolge des NATO-Doppelbeschlusses und dem Auftreten der deutschen Friedensbewegung von immer weiteren Kreisen, für die Politiker wie *Egon Bahr*, *Horst Ehmke* und schliesslich der frühere Sprecher des rechten Flügels und heutige Fraktionsvorsitzende, *Hans-Jochen Vogel*, repräsentativ stehen. Ihr bestimmendes Motiv dürfte gewesen sein, Anschluss an die neue Bewegung zu finden, um möglichst viele ihrer Anhänger an die Partei zu binden, in der Partei zu halten oder für die Partei zurückzugewinnen.

Obwohl der sozialdemokratische Bundeskanzler den ursprünglich widerstrebenden Amerikanern die Bereitschaft abgerungen hatte, den sowjetischen SS-20-Raketen gegebenenfalls ähnliche Waffen im Mittelstreckebereich entgegenzusetzen (wenn der Abbau der sowjetischen Raketen nicht würde erzielt werden können), war es in der SPD während der letzten vier Jahre mehr und mehr üblich geworden, den USA ein ureigenes und prinzipielles Interesse an dieser Aufrüstung, im Widerspruch zu europäischen und deutschen Sicherheitsbedürfnissen, zu unterstellen.

Seit dem Amtsantritt der Administration *Reagan* erteilten die führenden sozialdemokratischen Politiker (ausser *Helmut Schmidt*) allen amerikanischen – mehrmals auf europäisches Begehren hin zustande gekommenen – Vorschlägen in Genf eine dezidierte Absage, öfters verbunden mit der Erklärung, sie seien der Sowjetunion nicht zumutbar und zeigten infolgedessen nicht genug Entgegenkommen. Die USA wurden der Machtarroganz geziehen, *Egon Bahr* sprach von «Fremdbestimmung» der Europäer durch egoistische Ambitionen der «Supermacht» USA und sah die Bundesrepublik bereits im Status eines amerikanischen «Protektorats», *Willy Brandt* beklagte «besatzungsrechtliche Relikte» im Verhältnis der USA zur Bundesrepublik, *Günter Gaus* forderte eine «Neudefinition» des Bündnisses zugunsten der Durchsetzung der (vermeintlich) nationalen Belange der mittleren und kleineren Staaten gegen die USA, also faktisch zugunsten zentrifugaler Tendenzen, *Oskar Lafontaine* propagierte schliesslich den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO. *Peter Bender*, langjähriger Vordenker und Interpret der Brandt-Bahrschen Ostpolitik, fonderte in seinem 1981 erschienenen (für viele SPD- und Friedensanhänger richtungweisend gewordenen) Buch über das «Ende des ideologischen Zeitalters» eine «Europäisierung Europas», d. h. die Ablösung der Europäer von ihrer Bindung an die Amerikaner und Russen, dazu ein völlig selbständiges Handeln Westeuropas gegenüber dem Osten und in der Dritten Welt.

Die USA werden in dieser Perspektive vom Verbündeten zum eigent-

lichen Gegner, demgegenüber die politischen Ambitionen des Sowjetkommunismus relativ harmlos erscheinen. *Erhard Eppler* hat diese Sicht als SPD-Redner auf der ersten grossen Friedenskundgebung vom 10. Oktober 1981 und seitdem oft bis hin zum Sonderparteitag der SPD zwei Tage vor der Bundestagsdebatte über die NATO-Nachrüstung propagiert. Bei ihm nimmt die Auseinandersetzung zugleich Züge eines religiösen Glaubenskrieges an. Während der Bundestagsdebatte hat schliesslich *Hans-Jochen Vogel* den Bundeskanzler *Helmut Kohl* zum «Vasallen» der USA erklärt, der sich an den deutschen Interessen vergehe.

Die gegenüber solchen Äusserungen und Tendenzen an der Schmidt-schen Politik festhaltenden Kräfte in der SPD sind als deutliche Minderheit (14 gegenüber 380 Voten auf dem Bundesparteitag) abgeschlagen. Einem kleinen Kreis von Professoren, der sich gegen den massiven Mehrheitstrend stellte und damit an die Öffentlichkeit trat, wird vom Parteivorstand parteischädigendes Verhalten vorgeworfen. Die alte Führungstroika *Brandt – Schmidt – Wehner* ist endgültig zerbrochen; in diesem Jahr wird *Helmut Schmidt* das Amt des Stellvertretenden Vorsitzenden aufgeben und sich aus der Partei nahezu völlig zurückziehen.

Der neue Kurs

Doch aufgrund ihrer klaren Niederlage im Bundestag ist die SPD mit ihrem Kurs in einer Sackgasse. Der neue Kurs ist kein klarer positiv profilierter Kurs. *Lafontaine* hat mit seiner Forderung, die NATO zu verlassen, von den meisten anderen Parteioffiziellen bisher eine Zurückweisung erhalten. Aber die Parteiführung beschleicht ganz offensichtlich die Ahnung, das von ihr favorisierte «Nein» zur Nachrüstung und die von ihr geförderte amerikakritische Stimmung könnten recht bald den konsequenten Ruf nach einer noch stärkeren Distanzierung vom Bündnis und von der seit Ende der fünfziger Jahre mitgetragenen Westorientierung der Bundesrepublik lauter werden lassen.

Damit würde sich die deutsche Sozialdemokratie nicht nur von den anderen demokratischen Parteien der Bundesrepublik weiter trennen, sie würde sich auch von den meisten sozialistischen Parteien Westeuropas isolieren. Die Devise *Willy Brandts* für die SPD lautet, links von der Mitte eine neue Mehrheit zu finden, doch ist sie entweder wegen der noch bestehenden grossen verfassungspolitischen Gegensätze zwischen SPD und Grünen langfristig zum Scheitern verurteilt oder im Falle eines weiteren Entgegenkommens der SPD geeignet, die Anhängerschaft dieser Volkspartei drastisch zu reduzieren. Wenn *Lafontaines* frohgemute Prophetie, in zehn

Jahren werde man eine gänzlich andere SPD haben, in Erfüllung gehen sollte, so vermutlich um den Preis des Verlustes der Regierungsfähigkeit auf lange Sicht. Umgekehrt erwarten die innerparteilichen Opponenten noch zwei, drei eklatante Wahlniederlagen, um in der Mitgliedschaft einen Besinnungsprozess einzuleiten, der zu einem – modernisierten – «Godesberger» Kurs zurückführt.

Ausser vagen Vorstellungen von einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa bestehen keine Ideen darüber, wie man von der nun eingenommenen sicherheitspolitischen «Nein»-Position aus die USA und namentlich die UdSSR dafür gewinnen will, Abrüstungsschritte zu tun. Es mehren sich folglich in der SPD die Stimmen, die empfehlen, sich von der fruchtlos gewordenen Friedenthematik möglichst schnell wieder abzuwenden und den dringlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen zuzuwenden, zugleich möglichst viele der (angeblich) neugewonnenen Freunde in der «Friedensbewegung» für diese Wende in der Interessenorientierung einzunehmen. Doch sehen sich solche Forderungen dadurch behindert, dass auf diesem Gebiet keine raschen Erfolge zu erzielen, nicht einmal zugkräftige Theorien zu entwickeln sind. Auch ist in der Bevölkerung die Beteiligung der SPD an der Regierungsverantwortung noch zu frisch in Erinnerung, in der sie den Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Unlust der Wirtschaft zu Investitionen nicht zu bannen vermochte. Dagegen nimmt die neue Regierung für sich in Anspruch, der Wirtschaft mit ersten Anzeichen eines neuen Aufschwungs aus ihrer Talsohle herauszuhelfen. Die Gewerkschaften haben sich für 1984 die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche (bei vollem Lohnausgleich) zum Ziel gesetzt. Die SPD wird sich wahrscheinlich mehr an diese Parole anhängen als eigene Konzepte entwickeln. Sie wird damit bei der Bevölkerung kaum auf beträchtliche Resonanz stossen. So dürfte die Krise, in die sich die SPD nach siebzehnjähriger Regierungstätigkeit selbst manövriert hat, noch geraume Zeit andauern. Im Blick auf die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie in Deutschland kann darüber niemand Freude empfinden.

Der Herbst war nicht heiss

Fast noch desolater ist die Lage in der «*Friedensbewegung*» und bei den *Grünen*, die sich mehr und mehr zu einem integralen Teil der «Friedensbewegung» entwickelt und dabei ihre sonstigen Ziele, namentlich die ökologischen, weitgehend aus den Augen verloren und an andere Parteien abgetreten haben (das «Waldsterben» und Massnahmen dagegen z. B. sind heute eher Themen der CDU/CSU und der Bundesregierung als der

Grünen). Die «Friedensbewegung» hat trotz aller in ihren Kreisen verbreiteten und von ihren Wortführern geschürten Angst vor einem Atomkrieg den angekündigten «Heissen Herbst» nicht herbeizuführen vermocht. Sie hat ihr Augenmerk mit den Grünen und selbst mit den zu ihr gehörenden religiösen und kirchlichen Gruppen in den letzten Monaten so ausschliesslich auf die amerikanischen Mittelstreckenraketen gerichtet, dass nun ungewiss ist, wie man nach dem Fehlschlag der Kampagne weiterkommen soll. Aufgrund ihrer Blickverengung mangelt es ihr an konkreten Vorstellungen über weitere militär- und friedenspolitische Aspekte und über die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die USA und die UdSSR.

Die Mentoren dieser Bewegung fordern die Herauslösung beider deutscher Staaten aus den Militärblöcken und ihre Neutralisierung. Doch fehlt der Ansatz eines Konzepts, wie dies auf östlicher Seite bewerkstelligt werden soll. Daher wird die Forderung nach einseitigen Vorleistungen auf westlicher und bundesrepublikanischer Seite erhoben – in der vagen Hoffnung, die andere Seite werde schon nachziehen. Während aber die Ablehnung der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen aufgrund der verbreiteten Angstgefühle ein erhebliches Echo in der Bevölkerung fand, wird die Forderung nach Austritt aus der NATO und Neutralität Umfragen zufolge von 83 % abgelehnt. Infolgedessen könnte die «Friedensbewegung» in Zukunft erheblich an Resonanz einbüßen. Gegenwärtig greifen Resignation und Streit um sich.

Der Streit wird geführt zwischen den «Pragmatisten» – zumeist linke SPD-Mitglieder, mit der SPD sympathisierende Grüne und nicht zuletzt die wenig zahlreichen DKP-Aktivisten, die eine Fortführung der Kampagne im bisherigen, überwiegend «friedlichen» Stil und ihre Ausweitung auf andere, besonders sozialpolitische Gebiete und Themen anstreben, um langsam das «System» zu zersetzen – und den «Fundamentalisten».

Zu ihnen gehören die übrigen (zahlreicheren) Grünen, die eine Vereinnahmung durch die SPD fürchten, die meisten religiösen Gruppen und viele Linksintellektuelle. Sie verkünden den Übergang vom «Protest» zum «aktiven Widerstand» auch mit militanten Mitteln, z. B. der Besetzung amerikanischer Raketenstationen, in der Hoffnung, dass sich daraus bürgerkriegsartige Verhältnisse entwickeln.

In diesen Reihen wird – z. B. von Schriftstellern wie *Günter Grass*, Philosophen wie *Michael Theunissen*, Theologen wie *Helmut Gollwitzer*, Juristen wie *Uwe Wesel*, sämtlich aus Berlin – erklärt, Widerstand sei moralisch und politisch legitimiert, weil die Bundestagsmehrheit «kein Bewusstsein von der Qualität der Probleme gehabt» habe, um die es gehe. Deshalb sei nun die «aktive Demontage» der Legitimationsbasis von Regierung und Staat geboten, und zwar durch «wirksamere» Methoden als

Streiks, Blockaden und friedliche Demonstrationen. Diese Parolen geraten abermals – wie extreme Ausläufer der Protestbewegung von 1968 – in die Nähe des Terrorismus. Das kann gefährliche Situationen produzieren, doch die politische Entwicklung der Bundesrepublik nicht nachhaltig beeinflussen.

Bemerkenswert ist, dass *Jürgen Habermas*, *Bernd Guggenberger* und andere linksintellektuelle Theoretiker solchen Auswüchsen entgegenzuwirken bemüht sind, indem sie legitimen Widerstand in dem von ihnen mit grösserem Nachdruck als früher positiv gewürdigten demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik auf Formen des «zivilen Ungehorsams» beschränken wollen. Dieser soll in ausdrücklich individueller Verantwortung «gewaltfrei» vor sich gehen, d. h. auf die Beschädigung von Personen und Sachen verzichten. Allerdings ist festzuhalten, dass auch alle sogenannten blossen «Regelverletzungen» gegenüber der rechtsstaatlichen Ordnung und Beschlüssen der Mehrheit in der parlamentarischen Demokratie, in der es zahlreiche verfassungsmässige Mittel der Opposition, der Kritik und der Änderung der Mehrheiten gibt, illegal sind und geahndet werden müssen.

Rückwendung zur Nation

Im Zusammenhang der Auseinandersetzungen ist auch die «*nationale Frage*» wieder zum Vorschein gekommen, die auf der Tagesordnung bleiben wird.

Zweifellos sind in Deutschland, und zwar in West und Ost, Tendenzen einer «Renationalisierung» konstatierbar. Sie werden mit Frohlocken oder mit Besorgnis verfolgt. Die Diskussionen darüber verlaufen durchaus kontrovers, und zwar quer durch die parteipolitischen Lager.

Die gegenwärtig zu beobachtende Rückwendung zum nationalen Gedanken ist längerfristig eine Reaktion auf den weitgehenden Fehlschlag der von vielen nach dem Krieg erhofften europäischen Integration, kurzfristig aber auch Folge der Ernüchterung gegenüber der Entspannungspolitik der siebziger Jahre, wobei sie einige von deren Implikationen auch aufnimmt, so die Zurücksetzung des politisch-ideologischen Systemgegensatzes und die Dominanz des Friedens- vor dem Freiheitsgedanken. Die Entspannungspolitik hat im Bewusstsein von relevanten Teilen der westdeutschen Bevölkerung – wie sich gerade jetzt bei der SPD vernehmlich zeigt – die Systemunterschiede zwischen West und Ost verwischt, zumindest stark relativiert, und ihre Raison beruhte darauf, die kommunistischen Regime, so auch das der DDR, in ihrer Legitimität nicht mehr in

Frage zu stellen, sondern eher zu festigen, um sie zu Konzessionen im Bereich der «menschlichen Erleichterungen» und der Handelsbeziehungen bereiter zu machen. Während 1970 der damalige Bundeskanzler *Willy Brandt* in einer Regierungserklärung den Begriff der Nation noch als «Band um das gespaltene Deutschland» bezeichnete, wurde von der einen deutschen Nation danach möglichst nicht mehr gesprochen, obwohl *Egon Bahr*, einer der wichtigsten Promotoren der «Ostpolitik», ihre politische Wiedergeburt als Fernziel im Auge behielt. Das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen wurde in ein solches für Innerdeutsche Beziehungen umgewandelt. Die von diesem Ministerium unterstützte DDR-Forschung wurde entsprechend umgepolt.

Konsequenter auf der Linie dessen, was als Ostpolitik faktisch betrieben wurde und wie sie sich auswirkte, liegt die Forderung von *Günter Gaus*, den Begriff der *einen* Nation als einen – angeblich – «bürgerlich-klassenmässigen» zu den Akten der Geschichte zu legen, die DDR auch «innerlich» anzuerkennen, eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft und damit -Nationalität zu bejahen und die «deutsche Frage» im Sinne der Stabilisierung einer – scheinbar – friedlichen Zweiteilung Deutschlands endgültig zu beantworten. Diese Schritte betrachtet Gaus gerade als Vorbedingung für eine faktische Annäherung und engere Kooperation der beiden deutschen Staaten, denen gegenüber ihre Systembindungen mehr und mehr zurücktreten können.

Der schon genannte *Peter Bender* setzt sich angesichts des von ihm behaupteten «Endes des ideologischen Zeitalters» dafür ein, dass die beiden deutschen wie auch die anderen west- und osteuropäischen Staaten sich von ihren Vormächten weitgehend abkoppeln und auf ihre «eigenen Interessen» konzentrieren, die ihnen einen Modus vivendi untereinander nahelegen. Besondere Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sollen danach um des Friedens und der weiteren «Entideologisierung» der Verhältnisse in Europa, nicht aber so sehr um der Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der nationalen Einheit willen gepflegt werden. Doch wirken sie sich angesichts der faktischen Uneinigkeit der europäischen Nationen tatsächlich und auch gewollt zugunsten einer starken Betonung identischer – für identisch ausgegebener – deutscher Interessen aus. Schliesslich fordert auch ein liberal-konservativer Politiker, der designierte Bundespräsident *Richard von Weizsäcker*, die beiden deutschen Staaten müssten aus ihrer systembedingten Randlage wieder mehr in die europäische Mittellage rücken, in die sie nicht nur geographisch, sondern auch politisch gehörten. Weizsäcker hat angekündigt, dass er sein neues Amt für eine dynamischere Deutschlandpolitik einsetzen will.

Neue Identitätsprojektion

Die heutigen Renationalisierungstendenzen sind Folge einer *Identitäts- und Legitimationskrise*, die für Teile der westdeutschen Bevölkerung dadurch entstanden ist, dass die in den fünfziger und sechziger Jahren eindeutige aussenpolitische Staatsraison der Bundesrepublik – ein Hauptpartner und zugleich Vorposten im Bündnis der westlichen Demokratien zu sein – verunklart wurde. Heute kommen Stimmen auf, die nicht mehr unsere Befreiung von nationalsozialistischer Herrschaft durch die Alliierten des Zweiten Weltkrieges in massgebliche Rechnung stellen, sondern uns als die «Besiegten von 1945» (so der Heidelberger Politologe *Hans-Joachim Arndt*) charakterisieren, die das Trauma der Niederlage abschütteln und sich wieder auf den Eigenwert und Vorrang ihrer Nation gegenüber allen transnationalen Bindungen und Verpflichtungen besinnen sollen.

Insbesondere sind es linke Schriftsteller – die sich zuerst für den von *Jürgen Habermas* 1979 herausgegebenen Doppelband 1000 der «edition suhrkamp» («Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘») zusammengetan hatten –, die es ablehnen, politisch und ideologisch weiterhin unter der «Botmässigkeit» der Supermächte zu stehen, und eine neue Identitätsprojektion der Deutschen auf ihre Nation fordern, die einen dritten Weg in der Mitte zwischen westlichen und östlichen Ideologien, zwischen Kapitalismus und Kommunismus, suchen soll. In der «Friedensbewegung» ist dieser Gedanke mit der Neutralität einer kernwaffenfreien Zone für die deutsche Nation verbunden. Der Gegensatz von Demokratie und Diktatur und die Gefährdung der westdeutschen Demokratie durch die an ihren Grenzen – auch an den Grenzen einer etwaigen neutralen deutschen Zone oder Nation – stehende sowjet-kommunistische Diktatur geraten dabei aus dem Blick.

Auch tritt eine neue Metaphysik der Nation auf den Plan: Nach dem stark von fichteschen und rechtshegelianischen Gedanken beeinflussten Bochumer Philosophen *Bernhard Willms* ist die Nation unser «unausweichliches Schicksal», dem wir nicht entweichen können, im Unterschied zu Menschenrechten, Freiheit, Demokratie, supranationalen Organisationsformen, Bündnissen (also allen tragenden Elementen der bundesrepublikanischen Staatsraison), die bestreitbar seien, die man wählen, aber auch ablehnen könne; auch von diesem eher konservativen Philosophen wird verlangt, dass die «Nation» sich ideologisch aus dem Systemwettbewerb zwischen West und Ost heraushalte und «die jeweiligen Systemideologien national zur Disposition» stelle, dass sie also zur westlichen Demokratie wie zum östlichen Kommunismus auf gleiche Distanz geht und stattdessen deutschem Wesen in einem unverwechselbar deutschen Staat gehorcht. In

der DDR hat der hohen persönlichen Respekt verdienende *Robert Havemann* kurz vor seinem Tod in einem Offenen Brief an *Leonid Breschnew* Auffassungen vertreten, die dieser deutschnationalen Position erstaunlich ähneln.

Nation als Mittel zu anderen Zwecken

In derartigen Stellungnahmen wird eine «Nationvergessenheit» beklagt, die in die Nähe der «Seinsverfehlung» (Willms) rückt, und ein neues Nationalbewusstsein propagiert, dem der Stempel der geschichtlichen Notwendigkeit aufgeprägt wird. Man sollte aber beachten, dass gleichwohl in den meisten Fällen *die Nation als Mittel für andere Zwecke* erhalten muss. Ihre Propagierung im Gegenzug gegen die West- und Ostbindung der beiden deutschen Staaten erfolgt, um eigentlich dem Frieden, der Neutralität, dem «dritten» sozialistischen Weg, einer neuen (und doch alten) Philosophie vermeintlich strenger Geschichtslogik und Naturmystik oder aber dem blossen Aussteigertum das Wort zu reden. Wenn gerade nonkonformistische Autoren – und mit ihnen insbesondere viele (aber nicht etwa alle) Jugendliche –, die dem östlichen Dogmatismus und gleichzeitig den von ihnen fast auf dieselbe Stufe gestellten westlichen Grundwerten ablehnend oder distanziert gegenüberstehen, die nationale Idee beschwören, so bekunden sie damit die Sehnsucht nach einer anderen Identifikationsmöglichkeit (aus Überdross an der seit 1945 bestehenden Konstellation), für die die Nation aber nur Versatzstück ist, allenfalls Durchgangsfunktion gewinnt, um zu einem «neuen Menschen» voran- oder zur urspunghaften Geschichte zurückzuschreiten. Die Zielvorstellungen, die sich mit dem nationalen Gedanken verbinden, sind sehr unterschiedlich und übrigens bei manchen dieser Tendenzen auch in schnellem Wechsel variabel. Sie «vagabundieren» und sind rational ebenso schwer zu fassen wie die nationale Emphase selbst; das haben *Hans-Ulrich Wehler* und *Manfred Hättich* in jüngster Zeit zu Recht vermerkt. Infolgedessen ist auch das hier vertretene Nationverständnis diffus, ohne geistige Konturen, was es politisch nicht unbedenklicher macht, doch verwehrt, es inhaltlich voll ernstzunehmen. War es in der deutschen Geschichte damit schon jemals wirklich anders bestellt?

Die historische Verantwortung

Könnten die Renationalisierungstendenzen aufgefangen werden, wenn es gelingt, *die Staatsraison der Bundesrepublik* durch die in ihrem Namen betriebene Politik und durch sie begleitende theoretische Reflexionen

wieder überzeugend zu verdeutlichen? Folgende Gesichtspunkte sind zu bedenken:

Das gesamte deutsche Volk kann sich der geschichtlichen Verantwortung nicht entziehen – auch in seinen nachwachsenden Generationen nicht –, das Erbe einer verbrecherischen, nämlich der nationalsozialistischen Herrschaft in seinem Namen und ihres katastrophalen Endes zu tragen. Diese Herrschaft hat Krieg und Tyrannei über andere Völker gebracht und zum Verlust des deutschen Nationalstaates geführt. Nun gewann der eine Teil des deutschen Volkes mit Hilfe der ehemaligen Gegner im Westen die Freiheit zurück und konnte sie unter demokratischen Formen in seinem neuen Staat – der Bundesrepublik – sichern und entwickeln. Er ist infolgedessen fähig, aber auch gefordert, sich der genannten Verantwortung zu stellen. Der andere Teil wurde neuerlicher Tyrannei unterworfen. Er hat insofern an dem Erbe schwerer zu leiden. Seine Bevölkerung ist weniger in der Lage, die gesamtdeutsche Verantwortung aktiv mitzutragen, denn zur Übernahme von Verantwortung gehört die ihr vorenthaltene freie Selbstbestimmung.

Um so grösser ist die Verantwortung des einen Teils – der westdeutschen Bevölkerung in der Bundesrepublik und ihrer Politik. Dabei handelt es sich aber um eine Verantwortung der Freiheit vor der Aufgabe, dem anderen Teil ebenfalls mehr Freiheit und möglichst die der Freiheit gemässen demokratischen Verhältnisse zu erringen, die ihm durch äusseren Zwang verwehrt sind. Alle auf die DDR verwendeten Bemühungen, gehe es um die Intensivierung der menschlichen oder der politischen Beziehungen, auch die auf eine künftige nationalstaatliche Identität (also Wiedervereinigung) zielenden Bestrebungen haben humanen Sinn nur, wenn sie – behutsam und friedlich – letztlich auf die Förderung und Durchsetzung politischer Freiheit gerichtet sind.

Diese *erste* Verantwortung wird aber sogleich ergänzt um eine *zweite* Verantwortung anderen Völkern gegenüber, und zwar zunächst solchen, denen in deutschem Namen besonderes Unrecht und Leid zugefügt wurde und die von den Folgen bis heute betroffen sind; eine solche Verantwortung für die Wohlfahrt und Freiheit anderer Völker gilt ganz besonders – jedoch natürlich nicht ausschliesslich – gegenüber Polen und Israel. Unter diesem Aspekt war die aus «entspannungspolitischen» Rücksichten geübte auffällige Zurückhaltung der früheren Bundesregierung angesichts der polnischen Ereignisse seit dem Dezember 1981, die sie in Gegensatz zu den meisten Regierungen und fast der gesamten öffentlichen Meinung im Westen brachte, so kritikwürdig wie die Sympathie und Hilfsbereitschaft der westdeutschen Bevölkerung für Polen ermutigend ist. Im Nahen Osten sind der Bundesrepublik die Hände stärker gebunden als anderen Na-

tionen. Jede politische Option muss den Einsatz für das Existenzrecht Israels in gesicherten Grenzen mitenthalten. Das schliesst Kritik an der israelischen Politik nicht aus, doch diese muss konstruktiv und solidarisch sein.

Die deutschen Interessen

Drittens trägt der freie Teil des deutschen Volkes eine geschichtliche Verantwortung für die Aussöhnung und die freundschaftliche, kooperative Partnerschaft mit den Demokratien, denen die eigene Freiheit zu verdanken ist. Diese Verantwortung führt zum Bündnis der Bundesrepublik mit Frankreich, Grossbritannien, den USA und anderen westlichen Ländern. Ideell und verfassungspolitisch ist die Bundesrepublik, solange sie denn ihre demokratische Ordnung hüten will, fest in den Westen eingebunden. Die Preisgabe dieser Bindung wäre ihre politische Selbstaufgabe überhaupt. Deshalb ist es abwegig, wenn neuerdings «deutsche Interessen» mehr und mehr im prinzipiellen Unterschied, ja Gegensatz zu den USA definiert werden. Das Hauptinteresse der Bundesrepublik ist vielmehr mit dem der USA identisch, muss sich allerdings durch konstruktive Auseinandersetzungen unter freien Partnern stets von neuem bewähren. Dabei ist es eine besondere Aufgabe der deutschen Politik, die Partner des westlichen Bündnisses aus Differenzen und Streitigkeiten immer wieder möglichst weitgehend zusammenzuführen. Dazu gehört auch die Sorge um eine konzentriertere politische Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten. Dass es bisher an ihr fehlt, beraubt die Kritik an der amerikanischen Aussenpolitik der Glaubwürdigkeit.

Viertens besagt die geschichtliche Verantwortung aus dem Erbe der jüngsten Vergangenheit auch, dass der freie Teil Deutschlands zum Frieden verpflichtet ist, jedoch zu einem Frieden um der Freiheit willen, der die Verteidigungsfähigkeit der Freiheit zur Voraussetzung hat. Der Friedenswille begründet unter dieser Voraussetzung die Bereitschaft zur Verständigung und zum Ausgleich mit allen in der engeren und weiteren Nachbarschaft existierenden Staaten, selbstverständlich auch mit der Sowjetunion. Hier liegt der Grund für den Konsens über das Prinzip, dass vom deutschen Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe, auch wenn daraus unterschiedliche konkrete politische Folgerungen gezogen werden. Für alle bisherigen Bundesregierungen hat einheitlich gegolten, dass sie grössten Wert auf den strengen Verteidigungscharakter der NATO gelegt und eine Beteiligung an militärischen Aktionen ausserhalb ihrer Region strikt ausgeschlossen haben.

Dieser Komplex von Verantwortlichkeiten macht die aussenpolitische Staatsraison der Bundesrepublik aus. Ich verstehe ihn als einen Katalog von staatsethischen Verpflichtungen, die der freie Teil des deutschen Volkes in seinen politischen Willen und in sein staatliches Selbstverständnis aufzunehmen hat – was er übrigens in seiner überwiegenden Mehrheit tut. Die auf die Bevölkerung in der DDR bezügliche, die sogenannte «nationale» Verantwortung ist in diesem Komplex eine unter anderen – allerdings eine besonders gewichtige. Sie ist zugleich diejenige, die am schwersten einzulösen ist, ja deren Umsetzung in Politik immer wieder schier aussichtslos erscheint. Darum wird der Stachel der «nationalen Frage» auf lange Sicht nicht zu ziehen sein. Der Schmerz, den er verursacht, kann schwerlich geheilt, wohl aber gemildert werden, wenn die «nationale Frage» und ihre langfristige Lösung im Kontext der übrigen positiven Aufgaben gesehen wird, die sich der Bundesrepublik weltpolitisch stellen.

Es ist gewiss für viele Menschen, insbesondere für die junge Generation, psychologisch schwer, einzusehen, dass wir *mit mehreren Loyalitäten und Identifikationen* leben – leben müssen, aber auch leben können. Für den modernen Menschen überhaupt existiert nicht die *eine* Notwendigkeit, welche immer als solche suggeriert werden mag: die Nation, der Staat, die Religion, die Klasse, die Rasse, die Ehre und dergl., sondern eine Mehrzahl von gleichzeitigen, aufeinander bezogenen, aber auch miteinander konkurrierenden Bindungen, Anforderungen und Verantwortlichkeiten: gegenüber der Familie, dem Beruf, der engeren Heimat (in Deutschland: Berlin, Bayern, Hessen usw.), dem demokratischen Staat (der Bundesrepublik), dem eigenen Volk (also gerade auch den Deutschen in der DDR), den Nachbarvölkern, den Bundesgenossen (in der EG und in der NATO), allen Völkern und Staaten (im Geiste der Freiheitsgewähr und der Friedenspflicht). Darin besteht die Last, darin gründet aber auch gerade *die Chance der Freiheit*. Es ist dies das Signum der pluralistischen Lebenswelt der Moderne überhaupt, erst recht der komplexen und komplizierten Situation, in der die Deutschen – mit einem geteilten Land in einem gespaltenen Europa – leben.

Der Nationalstaat ist heute eine Ebene für politische Entscheidungen und Identifikationen unter anderen. Infolgedessen erscheint es auch sekundär, ob «unser» Staat auf Dauer die Bundesrepublik bleibt oder ob er dereinst wieder ein gesamtdeutscher Staat sein wird.

Eine «Renationalisierung» nach Art der neuen Linken und Rechten dient weder der bestehenden Demokratie der Bundesrepublik noch einer demokratischen Zukunft für den anderen Teil des deutschen Volkes. Diese Zukunft kann nur das Ergebnis weltpolitischer, zumindest gesamteuropäischer Regelungen sein, die auch zu sichern haben, dass das quantitativ

stärkste Volk Europas in seiner Mitte nicht wieder zur Bedrohung der Nachbarn wird. Zu solchen Regelungen führt nicht ein Abbau, sondern umgekehrt nur eine Stärkung der Verbundenheit der Bundesrepublik mit den westlichen Demokratien, insbesondere mit den USA, die sie alle zu einer untereinander solidarischen Politik des Friedens und des Ausgleichs mit Osteuropa im Interesse einer allseitigen freiheitlichen Entwicklung befähigt. Der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 22. November 1983 trug dazu bei, diese Fähigkeit zu erhalten.

Die pazifistische Strömung wurde durch taktische und psychologische Irrtümer der deutschen Regierungen gefördert. Die sowjetischen Behörden hatten die Installierung der SS-20 mit der Notwendigkeit begründet, ihr taktisches Kernwaffenpotential der technischen Entwicklung anzupassen. Es wäre daher normal gewesen, ebenfalls das amerikanische Potential in Europa zu modernisieren, die Pershing I durch Pershing II zu ersetzen. Diese Terminologie hätte die sowjetische Propaganda vor Verlegenheiten gestellt. Stattdessen hat der Westen Moskau ein Geschenk gemacht, indem er das Wort «Nachrüstung» erfand, das als neue Aufrüstung, sogar als Über-Rüstung verstanden wurde.

Alfred Frisch in Documents, Revue des questions allemandes, Paris